

Der Hallische Courier

(im Schwetschke'schen Verlage)

Beitung für



Stadt und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 191.

Halle, Freitag den 25. April
Erste Ausgabe.

1851.

Der Vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt für unsere unmittelbaren Abnehmer 2½ Sgr., durch die resp. Post-Anstalten nur 26¼ Sgr.

Die auswärtigen Bestellungen auf unsere Zeitung bitten wir bei den Königlichen Postanstalten unter Angabe unseres Zeitungstitels

Hallischer Courier bei Schwetschke

zu machen und alle brieflichen und sonstigen schriftlichen Zusendungen von Bekanntmachungen ic. unter der Adresse:

An die Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke)

an uns gelangen lassen zu wollen.

Deutschland.

Halle, d. 24. April. Die Neue Preussische Zeitung, resp. die Leiter der in diesem Blatte vertretenen Politik lassen es sich redlich angelegen sein, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß für den Posten eines Preussischen Bundestagsgeandten in Frankfurt ein Mann von wünschenswerther Energie gewählt werden müsse. Von einigen Seiten war man bisher gutmüthig genug, anzunehmen, der Erforene jener Partei sei der Graf Arnim-Boitzenburg, nach einer neuern gewiß nicht unbegründeten Angabe soll jedoch der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen der Erwählte sein. Was nun aber die Neue Preussische Zeitung unter Energie in diesem Falle verstehe, das ist ganz neuerdings noch außer allem Zweifel gesetzt. Wenn sie bei der Besprechung der letzten österreichischen Antwortnote, in welcher die Forderungen Preußens abgelehnt werden, in erster Reihe nur die freundlichste Haltung der Note wiederholt hervorhebt, so ist eine solche Auffassung der von Oesterreich erfolgten Zurückweisung in mehr als einer Hinsicht charakteristisch. Man fühlt sich schon befriedigt, ja angenehm berührt, daß nicht, wie vor wenigen Monaten, eine peremptorische Frist zur Erklärung binnen 24 Stunden gestellt wird, andrerseits wird sehr klar, daß die preussische Energie in Frankfurt sich nicht gegen die österreichischen Präsentationen, sondern gegen die Manifestationen des Geistes wenden soll, der in Hessen und Holstein so unliebsam hervorgetreten, ja der in der preussischen Verfassung selbst seine Repräsentation gefunden hat. Geschähe das Unheilvolle wirklich, daß die Neue Preussische Zeitungspartei ihren Plan durchsetzte, so wäre auch jener österreichischen Politik, welche von einem Hassenpflug in Kassel und von einem Lillisch in Schleswig in unerhörtester Weise geübt und vertreten wird, der Sieg gesichert, und alle die Machinationen, welche zu einer Versümmelung und Vernichtung der Preussischen Verfassung in Preußen selbst gesonnen und gesponnen werden, erhalten dann von Frankfurt aus die nachdrücklichste Unterstützung. Oesterreich wird ermuthigt sein, auf dem betretenen Wege beharrlich fortzuschreiten, und es wird die Ansichten, welche es in den letzten Monaten entwickelt hat, fort und fort zur Geltung zu bringen suchen. Von welcher Art diese Ansichten sind, ist in dem Rundschreiben des Fürsten Schwarzenberg, welches in dem verfloffenen Monat an die österreichischen Agenten an den kleinen deutschen Höfen erlassen wurde, klar ausgedrückt. Der Hauptinhalt desselben beruht auf dem Grundgedanken des Wiener Kabinetts, daß Deutschland ohne eine stark organisirte oberste Vollzugs Gewalt fernhin nicht bestehen, wenigstens nicht vor neuen innern Stürmen und vor Gefahren von Außen gesichert werden könne. So richtig dieser Gedanke ist, wenn die Ausführung desselben im deutschen Sinne erfolgte, so unrichtig und für Deutschland verderblich sind die Folgerungen der Wiener Kabinettspolitik. Unrichtig ist die Folgerung, weil aus der Nothwendigkeit einer starken Exekutive für Deutschland doch wohl nur eine Logik, deren Denkgesetze außerhalb der Grenze des gesunden Menschenverstandes liegen, den Schluß ziehen kann, daß es Niemand anders, als das Wiener Kabinet sein könne, dem die Herrschaft über Deutschland zustehe. Verderblich ist die österreichische Schlussfolgerung, weil der Primat Oesterreichs die nie schlafende Ursache von innern Stürmen für Deutschland gewesen ist und bleiben wird. Die große Verschiedenheit zwischen dem deutschen Volke und dem österreichischen Völkergemisch, die entgegengesetzten letzten Ziele beider Staat-

tenkomplexe und die jedem dieser politischen Körper von der Natur und Bildung, von Geschichte und Sitte vorgeschriebenen Mittel zur Erreichung dieses letzten Zieles, machen die Verbindung Deutschlands mit Oesterreich unter einer gemeinsamen Regierung so lange unmöglich, als nicht der eine Theil den andern als eroberten und unterjochten betrachtet und behandelt.

Die Wiener Politik geht noch einen Schritt weiter, als zur bloßen Forderung des Primats. Sie hütet sich, die verlangte Hegemonie als eine Frage der Macht hinzustellen, weil sie weiß, daß dies ihre Achillesferse ist. Sie fordert den Primat nicht im Interesse der Macht, sondern auf Grund des Rechts und leitet aus diesem scheinbaren Rechte sogar die Verpflichtung ab, dem Primat über Deutschland nicht entsagen zu dürfen, ohne das bestehende Recht zu verletzen.

Um den Anspruch auf den deutschen Primat zu begründen, beruft sich Oesterreich auf den frühern Besitz der deutschen Kaiserkrone und auf das Präsidialrecht bei der Bundesversammlung. Aber war nicht die deutsche Kaiserkrone eine Wahlkrone und hat nicht Oesterreich selbst oft genug die Rückkehr zu der alten Bundesversammlung, also auch zu dem Rechte, das dieser ihre Existenz und ihre Machtbefugnisse ertheilt, für höchst gefährlich erklärt und eine Neugestaltung der ganzen Bundesversammlung mit Ungestüm gefordert?

Oesterreich verwirft daher die alte Bundesversammlung und das ihr zum Grunde gelegte Bundesrecht, und erklärt beides für nachtheilig, bezeichnet aber im Namen der von Wien aus verworfenen Bundesversammlung und im Namen des von Wien aus verworfenen Bundesrechtes sein eignes Präsidialrecht ohne Weiteres als ein für Deutschland unentbehrliches, unverletztes und unversehrbares.

Noch mehr. In den politischen Auffassungen und Plänen des Wiener Kabinetts existirt das Deutschland von 1815 nicht mehr. Sämmtliche nichtdeutsche Besitzungen des Hauses Habsburg, etwa 24 Millionen Einwohner, an Sprache, Gesittung, Geschichte, Recht und Nationalgefühl dem deutschen Volke total fremd, sogar feindlich, sollen in den deutschen Bund aufgenommen werden. Und deutsche Regierungen haben nicht angestanden, diese Forderungen zu gewähren.

Das in Aussicht genommene Reich der europäischen Mitte stellt sich als eine so durch und durch und den Bestand des europäischen Staatensystems umgestaltende politische Schöpfung dar, daß darin die bisherigen Rechte der einzelnen Glieder vollständig erlöschen. Wie kann Oesterreich unter solchen Vorgängen von einer Fortexistenz seines Einzelrechtes sprechen, während es Deutschland zu Opfern dringend ermahnt und die Rechte aller einzelnen Bundesglieder eigenmächtig beschränkt oder ganz aufhebt?

Eine solche Kühnheit machte sogar die Freunde Oesterreichs mißtraulich und um Deutschland, dem sie sonst so wenig Sympathieen schenken, besorgt. So schloß die D.V.A.-Zeitung einen ihrer Leitern mit folgender Betrachtung: „Unverkennbar hat der deutsche Bund, wenn eine Centralbehörde, gleichviel wie ihr Name sei, organisiert werden soll, den gerechten Anspruch darauf, daß in Folge der Einverleibung Oesterreichs die ausschließlich deutsche Großmacht Preußen entweder eine bevorzugte, oder doch eine mit Oesterreich paritätische Stellung in derselben einnehme. Es liegt dies wesentlich im Interesse jeglicher deutscher Entwicklung, daß wir nicht begreifen, wie man nicht das alternirende oder paritätische Präsidium Preußens und

Deserreichs als ein für Deutschlands Neugestaltung unumgänglich notwendiges Auskunftsmittel empfiehlt, um dem mächtigen und in seinen Folgen unberechenbaren Einflüsse entgegen zu wirken, den die Einverleibung von 24 Millionen Nichtdeutscher in den Deutschen Bund ausüben muß."

Und dieses Auskunftsmittel hat Deserreich wiederholt in dem gegenwärtigen Augenblicke verworfen, freilich, wie die Neue Preussische Zeitung sagt, „in einem der freundlichsten Schreiden."

Berlin, d. 23. April. [45te Sitzung der Ersten Kammer.] Präsident: Graf v. Rittberg. Eröffnung: 12¹/₂ Uhr.

Am Ministertische: v. Mantuffel, Simons, v. Westphalen, v. Kaumer, Regierungs-Kommissarius v. Sprinkmann.

Nach einigen Vorverhandlungen wird zu dem Berichte der Kommission für Berathung der Verordnung, betreffend die den Justizbeamten für die Beforgung gerichtlicher Geschäfte außerhalb der ordentlichen Gerichtsstelle zu bewilligenden Diäten, Reisekosten und Kommissionsgebühren übergegangen. Die Verordnung wird in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen.

Eben so wird der Gesetzentwurf, betreffend den Ansat und die Erhebung der Gerichtskosten, über welchen der Abg. Behrendt (Erier), und der Gesetzentwurf, betreffend den Ansat und die Erhebung der Gerichtskosten, so wie der Gebühren der Notare, über welchen der Abg. Wichmann Bericht erstattet hat, mit einigen unwesentlichen Aenderungen nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer, und zwar auf den Antrag des Abg. Straß ohne Spezial-Diskussion angenommen. Schluß der Sitzung 1¹/₂ Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Budget.

Berlin, d. 23. April. Se. Majestät der König haben geruht: Dem Regierungs-Abtheilungs-Dirigenten, Ober-Regierungs-Rath Haedel in Merseburg, so wie dem Dechanten und Ober-Pfarrer an der Domkirche zu Erfurt, Würschmitt, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Füller Heinrich Busch vom 31. Infanterie-Regiment, dem Kapitäns Carl Wellmann aus Krapphöfen, im Kreise Ragnitz, so wie den Häuslern Joachim Friedrich Kieffele und Friedrich Wilhelm Ebendorf zu Kamern, im zweiten sächsischen Kreise, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der General der Kavallerie und Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken, von Wrangel, ist nach Frankfurt a. d. D. abgereist.

Die Tagesordnung für die morgende (Donnerstag) Sitzung der zweiten Kammer (Vormittags 11 Uhr) ist folgende: 1) Bericht der Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfs über die Besteuerung der Bergwerke in allen Landestheilen mit Ausnahme der Westsächsischen. 2) Bericht derselben Kommission über zwei Petitionen, betreffend die Zehntpflichtigkeit der Braunkohlen. 3) Zweiter Bericht der Central-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1851 über den in Gemäßheit des §. 15 des Gesetzes, betreffend die Verwaltung des Staatsschulden-Wesens vom 24. Februar 1850, von der Staatsschulden-Kommission erstatteten Bericht. 4) Zweiter Bericht der Kommission zur Prüfung der vorläufigen Verordnung vom 10. Juli 1849 über das Disciplinar-Verfahren gegen richterliche, und der vom 11. Juli 1849 über das Disciplinar-Verfahren gegen nicht richterliche Beamte.

Die Berlin-Anhaltische Eisenbahn hat im vorigen Jahre für 385,653 Pers., 56,445 Ctr. Gepäcksüberfracht, und 1,694,259 Ctr. Güter, 68,999 Ctr. Vieh, 625 Equipagen und 2814 Pferde 873,923 Thlr. eingenommen, dagegen 458,741 Thlr. ausgegeben, also 415,182 Thlr. Ueberschuß ergeben; zu diesem kommen noch 70,324 Thlr. hinzu für Ausgaben, die dem Reservefonds zur Last fallen, so daß der Ertrag sich auf 485,506 Thlr. erhöht, von welchem 4⁰/₁₀₀ Prioritätszinsen und 5⁰/₁₀₀ Dividende bezahlt und 110,506 Thlr. wieder zum Reservefonds geschrieben wurden, welcher dadurch auf 434,648 Thlr. angewachsen ist.

Frankfurt a. M., d. 21. April. Seit des Grafen Thun Ankunft aus Wien haben nach äußerlichen Wahrnehmungen noch keine förmlichen Sitzungen im fürstlich Thurn- und Tarischen Palast stattgehabt.

Stuttgart, d. 21. April. Die Württembergische Zeitung meldet, daß Hr. v. Wächter seine Stelle als Kanzler der Universität Tübingen zur Verfügung der Regierung gestellt habe, weil es wider seine rechtliche Ueberzeugung sei, sich durch ein octroyirtes Gesetz in die Kammer kommandiren zu lassen.

Schwern, d. 19. April. Dem Vernehmen nach wird Hr. v. Florencourt, der schon in Frankfurt viel mit dem Grafen v. Thun verkehrte, sich demnächst in den österreichischen Staatsdienst begeben.

Italien.

Florenz, d. 16. April. Die Reise unser Ministerpräsidenten Baldasseroni nach Rom soll, wie ich aus guter Quelle vernehme, nicht ohne Resultat geblieben sein. Die päpstliche Regierung habe, heißt es, in die Weiterführung der Eisenbahn von der toscanischn Grenze nach Rom und Civitavecchia gewilligt, jedoch erst, nachdem Hr. Baldasseroni ein Concordat unterzeichnet hatte, durch welches die Exemption der Priester von den bürgerlichen Gerichten wieder eingeführt wird, nachdem sie in Toscana seit dem Ende des vorigen Jahrhun-

berts durch die Gesetzgebung Leopold's I. aufgehoben war. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so wird natürlich und mit Recht der längst kaum verhaltene Unwille gegen die gegenwärtige Regierung in helle Flammen ausbrechen über einen solch entschiedenen Rückschritt vom Lichte zur Finsterniß. Von Rom hat sich der Minister nach Neapel begeben: wie die Zeitungen behaupten, um dort für eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen Toscana, Rom, Neapel und den Herzogthümern zu wirken, mittelst deren es diesen Staaten künftig möglich wäre, sich ohne fremde Hüfe gegen die Revolution zu schützen. Doch lassen die Antecedentien der hiesigen Regierung und der allmächtige österreichische Einfluß kaum erwarten, daß sie solch eine patriotische Initiative ergreifen werde, und dürfte diese Nachricht also mit großer Vorsicht anzunehmen sein. Sicher ist, daß der Großherzog nicht, wie vorher bestimmt war, zu Osnen hierher zurückkehrt, wozu indessen der Grund auch in Familienverhältnissen liegen kann.

Turin, d. 17. April. Die Diskussion der beiden Handels-Verträge Sardiniens mit England und Belgien ist früher beendigt worden, als sich voraussehen ließ. Eine Nacht-Sitzung, die gestern Statt hatte, führte ein äußerst günstiges Resultat herbei: der Handels-tractat mit Belgien wurde mit 114 gegen 14, der Handels-tractat mit England mit 112 gegen 14 Stimmen angenommen, also beinahe mit Stimmen-Einmüthigkeit. Die Niederlage der Protectionisten-Partei ist so groß, daß sie sich in Piemont nie wieder erheben können.

Nach der turiner „Dopinone“ bestätigt sich die Nachricht von der englischen Protestation gegen die militairische Besetzung Toscana's.

Frankreich.

Paris, d. 20. April. Zwischen den bekehrten und treugebliebenen Orleansisten, zwischen der Fusion's- und der Regenschäfts-Partei, zwischen Guizot und Thiers herrscht offener Krieg. Auf das Lösungswort der „Assemblée Nationale“: Fusion und einseitigen Präsidenten-Verlängerung! antworten die erklärten Organe der Thiers'schen Partei ironisch: Renegatenthum und einseitigen Verfassungs-Verletzung! Die Fusion, die eigentlich, wie heute der „Dre“ richtig bemerkt, nur ein Aufgeben des Orleansismus zu Gunsten der legitimen Monarchie ist, wird von den republikanischen Blättern kaum heftiger, kaum satirischer angegriffen, als dies vom „Dre“ und vom „Messager de l'Assemblée“ geschieht. Dagegen schießt das „Journal des Debats“, das vor Kurzem die Fusion eben so verächtlich behandelte, sich schon an, seinem ehemaligen Patron Guizot zu seiner Rückkehr in den Schooß der Legitimität nachzupflegen. Es bringt heute einen sehr bemerkenswerthen und bemerkten Zeit-Artikel über die von Fallour veranstaltete Ausgabe der „Betrachtungen Ludwig's XVI. über seine Unterhandlungen mit dem Herzog von Angouyon“ (seinem Erzieher), worin sowohl dem letzten Repräsentanten der absoluten Monarchie in Frankreich, als dem geschäftigen Unterhändler zwischen Venedig und dem Elysee die verbindlichen Dinge gefagt werden. Wenn aber, wie feststeht, das Guizot'sche Fusion's-Unternehmen wesentlich die Präsidenten-Verlängerung in sich enthält, so verliert es an der „Opinion Publique“ wieder, was es an dem „Journal des Debats“ zu gewinnen scheint. Denn die „Opinion Publique“ erklärt heute abermals der „Assemblée Nationale“ rund heraus: „Aber den Zweck sind wir einig: wir wollen beide die Fusion der Bourbonen; über die Mittel sind wir nicht ganz einig: auf die Frage, ob Ihr die Präsidenten-Verlängerung zulast? antwortet Ihr: Vielleicht! wir antworten: Nein!“

Mit dem heutigen Tage ist der Präsident der französischen Republik 43 Jahre alt, da er am 20. April 1808 zu Paris geboren ist. Der Ritter von Pavia, bevollmächtigter Minister Portugals bei der französischen Regierung, hat gestern eine Unterredung mit dem Minister des Aeußern gehabt. Nach Depeschen, die er von seiner Regierung erhalten, soll der Stand der Dinge in genanntem Lande nicht so ernster Natur sein, wie man dieses Anfangs geglaubt hatte.

Die Zahl der in ganz Frankreich verlangten Pässe zur londoner Ausstellung beträgt im Augenblick schon 240,000, wovon die meisten kleinen Rentiers angehören, die 3- bis 4000 Franken Einkommen haben und diese Gelegenheit benutzen wollen, um die Hauptstadt von England kennen zu lernen. Es sind verhältnismäßig wenig Pariser darunter, da die Pariser gewöhnlich erst im letzten Augenblick an ihren Paß denken. Man glaubt, daß Paris gleichwohl an 10,000 Besucher liefern wird.

Großbritannien und Irland.

London, d. 21. April. Das Programm für die Eröffnungsfeier der Industrie-Ausstellung ist dahin abgeändert worden, daß den Inhabern von Billets, die für die ganze Saison gültig sind, der Eintritt zu dieser Feier gestattet wird.

Portugal.

Die, wie schon berichtet, in Paris angelangte telegraphische Depesche aus Madrid vom 17. April meldet außer dem schon Mitgetheilten noch, daß Lissabon am 14. ruhig war und daß der König Ferdinand und der Herzog von Terceira zu Santarem 12,000 Mann Truppen besaßen hatten, welche der Regierung Donna Maria's treu ergeben waren. Das „Journal des Debats“ sagt: „Diese letz-

tere Nachricht ist die wichtigste und sie läßt glauben, daß der Aufstand sich nicht so drohend ausbreiten dürfte, wie man Anfangs glauben konnte. Santarem ist in der That der bedeutendste feste Platz in Portugal, das wahre Hauptquartier der Armee, die bedeutendste Niederlage von Waffen und Kriegsmunition im Königreiche. Es war natürlich, daß dessen Besetzung sowohl für die Regierung als für die Anstürzenden am wichtigsten sein mußte. Beide wollten daher auch gleich Anfangs denselben sich versichern, was dem Könige gelungen ist, denn wahrscheinlich ein Dampfschiff sammt den Truppen, die er mitbrachte, dahin geführt hat. Die Depesche giebt keinerlei Nachricht vom Marschall Saldanha; es geht bloß aus ihr hervor, daß derselbe weder zu Lissabon noch zu Santarem ist. Wenn diese beiden Städte auch ferner der Regierung der Königin treu bleiben, so wird Saldanha wahrscheinlich Porto oder Almeida zu gewinnen suchen, als die einzigen Plätze, wo er Aussicht hat, Truppen anzutreffen, die er für seine Sache zu gewinnen hoffen kann, während sie ihm zugleich im Falle des Mißlingens die Mittel darbieten, der ihn verfolgenden Regierung zu entkommen."

Türkei.

Konstantinopel, d. 9. April. Die Schwester des ägyptischen Vicekönigs Abba's Pascha ist eingetroffen. Der mit den Londoner Ausstellungsgegenständen besetzte Dampfer Feizi Bahiri ist ausgelaufen.

Bermischtes.

— **Berlin.** Ein Privatmann in Wien Namens B., der die hier erscheinende „Deutsche Theaterzeitung von C. Schlivian“ wöchentlich per Kreuzcouvert sich zuschicken ließ, hatte den Ueberfender beauftragt, ihm jedesmal zugleich den „Kladderadatsch“ zukommen zu lassen; dies geschah seit dreiviertel Jahren. Vor einigen Tagen hielt sich Herr B. in Berlin auf und es ergab sich durch seine Aussage, daß er zwar regelmäßig die Theaterzeitung, niemals aber den Kladderadatsch erhalten hatte. Die Wiener Postbehörde hat also statt den Adressaten zu benachrichtigen, daß der Kladderadatsch während des Belagerungszustandes verboten sei, sich dem weit umständlicheren Geschäft unterzogen, jede Woche das Witzblatt aus dem Couvert stillschweigend herauszunehmen.

— **Smyrna**, d. 11. April. Das Erdbeben dauert auf der Insel Rhodus in Makri fort.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 23. bis 24. April.

Am Kronprinzen: Hr. Rittergutsbes. v. Nischhofen a. Hannover. Hr. Rechts-Anwalt Richter a. Aschersleben. Hr. Kammerherr v. Hardenberg a. Bern-

burg. Hr. Reg.-Präsident v. Wedell a. Merseburg. Hr. Parirk. Hagen a. Köln. Hr. Reg.-Rath v. Litowsky a. Pommern. Hr. Fabrik. Gramm a. Braunschweig. Die Hrn. Kauf. Guffe a. Slettin. Duerfurt a. Magdeburg, Reinhardt a. Berlin, Sänger a. Coblenz, Jann a. Frankfurt.

Stadt Zürich: Hr. Prof. Giesebrecht m. Sem. a. Berlin. Hr. Geh. Rath v. Ströme a. Stockholm. Hr. Fabrik. v. Falbe a. Haag. Hr. Gutsbes. Pfäumer a. Eudhelm. Hr. Fabrik. Förster a. Egen. Hr. Amt. Hüner a. Weiskirchenbach. Hr. Galtw. Kredenmeyer a. Galtz. Hr. Schriftsteller Etolle a. Leipzig. Frau v. Schwarz a. Bantendorf. Die Hrn. Kauf. Weinsberg a. Glabbach, Krensmüller a. Mannheim, Menninger a. Straßburg.

Goldner Ring: Frau Dr. Schmidt a. Rosleben. Frau Hofrathin Müller a. Erfurt. Die Hrn. Prediger Förster a. Döhlstedt, Reimann a. Wölkersleben, Schulze a. Wansleben. Hr. Rektor Lude a. Zessen. Hr. Lehrer Buchner a. Arnststadt. Die Hrn. Kauf. Weinsberg a. Zhalen, Krüger a. Leipzig.

Englischer Hof: Die Hrn. Kauf. Waber a. Alentrichen, Rosenbaum a. Königsberg. Die Hrn. Parirk. Kattich a. Braunschweig, v. Gelfa a. Mailand.

Goldner Löwe: Die Hrn. Kauf. Herrlich a. Bürgel, Grein a. Schneeberg, Schramm u. Schau a. Annaberg, Rendorf a. Weiskirchen, Döhle u. Goldschmidt a. Gotha, Rudloff a. Seehausen, Berwoll u. Ambs a. Jena, Fiedler a. Leipzig.

Stadt Hamburg: Hr. Rittergutsbes. Baron v. Wittenbach a. Strelitz. Hr. Rieut. v. Roden a. Mainz. Hr. Domherr Ehemann a. Köln. Hr. Lehrer Kaufa a. Sangerhausen. Hr. Apoth. Keusch a. Dresden. Hr. Land. Friedrich a. Berlin. Hr. Kreis-Einnehmer Witte a. Gressen. Die Hrn. Kauf. Feide a. Gotha, Mahn a. Leipzig, Sturm a. Nordhausen.

Schwarzer Bär: Hr. Lehrer Kahl u. Seminarist Edler a. Giesleben. Hr. Kaufm. Reinflein a. Elberfeld.

Magdeburger Bahnhof: Hr. Bankdirektor Muland u. Hr. Rieut. Wiesner a. Dessau. Hr. Rent. Gerber a. Berlin. Hr. Kaufm. Hildebrand a. Danzig.

Hilfingener Bahnhof: Hr. Rieut. v. Berg a. Schleswig. Hr. Rechts-Anwalt v. Herzberg a. Silenzig. Hr. Baron v. Seidenhof a. Zingst. Hr. Baupim. v. Razinowski a. Posen. Hr. Pred. Bömel a. Launburg. Frau Gräfin v. Grabow a. Rudelsdorf. Hr. Kaufm. Schreiber a. Biegen. Hr. Gutsbes. Wintmann a. Sonnenburg. Hr. Rittergutsbes. Frauendorf a. Stargard.

Freie Gemeinde.

Sonntag den 27. Nachmittags 2 Uhr Vortrag von **Wislicenus**.

Meteorologische Beobachtungen.

	23. April.	Morgens 6 Uhr.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Luftdruck *)	330,11 Par. L.	330,5 Par. L.	332,61 Par. L.	331,19 Par. L.	
Dunstdruck	4,55 Par. L.	4,12 Par. L.	3,79 Par. L.	4,15 Par. L.	
Relat. Feuchtigk.	0,93 pCt.	0,69 pCt.	0,84 pCt.	0,79 pCt.	
Luftwärme	10,4 C. Rm.	14,7 C. Rm.	9,4 C. Rm.	11,5 C. Rm.	

*) Alle Luftdruckbeobachtungen sind auf die Temperatur 0 Grad Reaumur. reducirt.

Bekanntmachungen.

Holz-Verkauf.

In der Oberförsterei Bischofrode sollen **Sonnabend den 3. Mai** er. aus dem Unterforst Rothenschirmbach, Schlag Saalholz,

circa: 40 Stück Eichen, 1 Stück Buche, 30 Stück Birken, 5 Stück Eichen Nuthstämme, 5 Klftr. eichen Nuthholz, 40 Klftr. eichen Scheitholz, 10 Klftr. buchen dergl., 2/4 Klftr. birken dergl., 6 Klftr. eichen dergl., 5 Klftr. eichen Knüppel, 30 Klftr. eichene Stöcke, 84 Schock eichen Abraum, 90 Schock melirte Stammwellen und 12 Klftr. eichen Scheitholz (Anbruch)

öffentlich meistbietend verkauft werden, wozu Kauflustige sich Vormittags 9 Uhr im Schlage Saalholz einfinden und von den vor dem Termine bekannt zu machenden Bedingungen sich unterrichten wollen. — Zahlungen für erstandene Hölzer können gleich nach Beendigung des Termins an Ort und Stelle geleistet werden.

Bischofrode, den 22. April 1851.

Der Königl. Oberförster **Keuffel.**

Ein unverheiratheter Kuhhirt wird sofort gesucht.

Wallwig, d. 22. April 1851.

L. Barth.

Der Fußsteg von der Louisengrube aus über meinen Ackerplan ist von jetzt ab bei 15 \mathcal{L} Strafe verboten.

Röschstedt.

C. Albrecht.

Gutskauf-Gesuch.

Ein Ritter- oder großes Langgut, mit guten Aekern, guten Gebäuden und anständiger Wohnung, im Preise von 40 — 80,000 \mathcal{R} , suche ich Unterzeichneter im Auftrag sofort zu kaufen. Reelle Selbstverkäufer wollen mir mit genauer Angabe alles auf den Verkauf Bezug habende gütigst zugehen lassen, worauf so gleich Antwort gegeben werden wird.

Leipzig, d. 22. April 1851.

G. F. Schladiß, Def.-Commissair.

Köppplatz Nr. 10.

Compagnon-Gesuch.

Familienverhältnisse halber wird ein rechtlicher thätiger Kaufmann, welcher Kenntniß von der Tabaksbranche besitzt und 15 — 20,000 \mathcal{R} dem Bedarf angemessen successive entwickeln kann, zum Beitritt in ein solides En gros-Geschäft in der Provinz Sachsen gesucht. Durch Nebenumstände besonders begünstigt, gewährt dasselbe bei reichlichem Gewinn hinlängliche Garantien. Nähere Auskunft ertheilt auf frankirte Briefe **G. G. Grieshammer** in Leipzig, Colonnaden-Str. Nr. 18.

300 \mathcal{R} zur ersten Hypothek werden gesucht auf ein ländliches Grundstück nahe bei Halle. Ich ersuche die geehrten Herren sich zu melden bei dem Gastwirth Hrn. **Brandt** in Halle im „Weißen Ros.“

Maitrank

von frischem Harzwaldmeister und bestem Mostwein empfiehlt täglich frisch **Volke.**

Waldmeister im Krause'schen Garten.

Bekanntmachung.

Veränderungshalber beabsichtigt der Gastwirth Herr **Hildebrand** in Brehna seinen daselbst am Markt gelegenen Gasthof zum „goldenen Löwen“, in welchem bisher auch Fleischerie betrieben worden ist, meistbietend zu verkaufen. Hiermit beauftragt, habe ich Verkaufstermin auf

den 6. Mai von früh 10 Uhr an in dem Hildebrand'schen Gasthof angelegt, wozu Kaufliebhaber hiermit eingeladen werden. Brehna, d. 22. April 1851.

J. G. Hofmann, Agent.

Guts-Verkauf.

In **Bedra** steht das sub Nr. 15 belegene Gut aus freier Hand zu verkaufen. Hauptsächliche Bestandtheile desselben sind ansehnliche Wohn- und gute Wirtschaftsgebäude, schöne Obst- und Gemüsegärten und an 94 Morgen der vorzüglichsten reparirten Felber, Boden erster Klasse in einem nahen Plane. Das Nähere erfährt man im Gute selbst oder bei dem Rechtsanwalt **Wagner** in Merseburg.

Zugleich ist der 27. Mai d. J. Vormittags 10 Uhr als Verkaufstermin im Gute angelegt und werden reelle Käufer dazu eingeladen.

Als Köchin außer dem Hause, hier und außerhalb Halle empfiehlt sich. Zu erfragen Domplatz Nr. 1031 neben dem Kaufmann K. d. d.

Ein ordentliches Hausmädchen, welches Weißnähen kann, wird gesucht, Brüdertstraße Nr. 203/4.

Der Hallische Courier

(im Schwetschke'schen Verlage)

Beitung für



Stadt und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

N 191.

Halle, Freitag den 25. April
Erste Ausgabe.

1851.

Der Vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt für unsere unmittelbaren Abnehmer 22½ Sgr., durch die resp. Post-Anstalten nur 26¼ Sgr.

Die auswärtigen Bestellungen auf unsere Zeitung bitten wir bei den königlichen Postanstalten unter Angabe unseres Zeitungstitels

Hallischer Courier bei Schwetschke

zu machen und alle brieflichen und sonstigen schriftlichen Aufsendungen von Bekanntmachungen u. unter der Adresse:

An die Expedition des Hallischen Couriers (Schwetschke)

an uns gelangen lassen zu wollen.

Deutschland.

Halle, d. 24. April. Die Neue Preussische Zeitung, resp. die

angelegen sein, für den Posten ein Mann von einigen Seiten Erkorene jener neuern gewiß nicht von Bismark's Neue Preussische ist ganz neuerbin der Besprechung die Forderungen freundlichste Auffassung der einer Hinsicht d'genheim berührt rische Frist zur seits wird sehr nicht gegen die festationen des unliebsam hervu seine Repräsent daß die Neue V auch jener öfter in Kassel und Weise geübt un chinationen, n Preussischen W werden, erhal stützung. Des beharrlich fortz letzten Monate gen suchen. D schreiben des nen Monat d schen Höfen desselben beruht auf dem Grundgedanken d daß Deutschland ohne eine stark organisierte oberste Vollzugs-gewalt fernhin nicht bestehen, wenigstens nicht vor neuen innern Stürmen und vor Gefahren von Außen gesichert werden könne. So richtig dieser Gedanke ist, wenn die Ausführung desselben im deutschen Sinne erfolgte, so unrichtig und für Deutschland verderblich sind die Folgerungen der wiener Kabinettpolitik. Unrichtig ist die Folgerung, weil aus der Nothwendigkeit einer starken Exekutive für Deutschland doch wohl nur eine Logik, deren Denkgesetze außerhalb der Grenze des gelunden Menschenverstandes liegen, den Schluß ziehen kann, daß es Niemand anders, als das wiener Kabinet sein könne, dem die Herrschaft über Deutschland zustehe. Verderblich ist die österreichische Schlußfolgerung, weil der Primat Oesterreichs die nie schlafende Ursache von innern Stürmen für Deutschland gewesen ist und bleiben wird. Die große Verschiedenheit zwischen dem deutschen Volke und dem österreichischen Völkergemisch, die entgegengesetzten letzten Ziele beider Staa-

tenkomplexe und die jedem dieser politischen Körper von der Natur und Bildung, von Geschichte und Sitte vorgeschriebenen Mittel zur Erreichung dieses letzten Zieles, machen die Verbindung Deutschlands mit Oesterreich unter einer gemeinsamen Regierung so lange unmöglich, als nicht der eine Theil den andern als eroberten und unterjochten betrachtet und behandelt.

Die wiener Politik geht noch einen Schritt weiter, als zur bloßen Forderung des Primats. Sie hütet sich, die verlangte Hegemonie als eine Frage der Macht hinzustellen, weil sie weiß, daß dies ihre Achillesferse ist. Sie fordert den Primat nicht im Interesse der Macht, sondern auf Grund des Rechts und leitet aus diesem scheinbaren Rechte sogar die Verpflichtung ab, dem Primat über Deutschland nicht entsagen zu dürfen, ohne das bestehende Recht zu verletzen.

Um den Anspruch auf den deutschen Primat zu begründen, beruft sich Oesterreich auf den frühern Besitz der deutschen Kaiserkrone und auf das Präsidialrecht bei der Bundesversammlung. Aber war nicht die deutsche Kaiserkrone eine Wahlkrone und hat nicht Oesterreich selbst oft genug die Rückkehr zu der alten Bundesversammlung, also auch zu dem Rechte, daß dieser ihre Existenz und ihre Machtbefugnisse ertheile, für höchst gefährlich erklärt und eine Neugestaltung der ganzen Bundesverfassung mit Ungestüm gefordert?

Oesterreich verwirft daher die alte Bundesversammlung und das ihr zum Grunde gelegte Bundesrecht, und erklärt beides für nachtheilig, bezeichnet aber im Namen der von Wien aus verworfenen Bundesversammlung und im Namen des von Wien aus verworfenen Bundesrechtes sein eignes Präsidialrecht ohne Weiteres als ein für Deutschland unentbehrliches, unversehrtes und unversehrbares.

Noch mehr. In den politischen Auffassungen und Plänen des Wiener Kabinetts existirt das Deutschland von 1815 nicht mehr. Sämmtliche nichtdeutsche Besitzungen des Hauses Habsburg, etwa 24 Millionen Einwohner, an Sprache, Gesittung, Geschichte, Recht und Nationalgesinnung dem deutschen Volke total fremd, sogar feindlich, sollen in den deutschen Bund aufgenommen werden. Und deutsche Regierungen haben nicht angestanden, diese Forderungen zu gewähren.

Das in Aussicht genommene Reich der europäischen Mitte stellt sich als eine so durch und durch und den Bestand des europäischen Staatensystems umgestaltende politische Schöpfung dar, daß darin die bisherigen Rechte der einzelnen Glieder vollständig erlöschen. Wie kann Oesterreich unter solchen Vorgängen von einer Fortexistenz seines Einzelrechtes reden, während es Deutschland zu Opfern bringend ermahnt und die Rechte aller einzelnen Bundesglieder eigenmächtig beschränkt oder ganz aufhebt?

Eine solche Kühnheit machte sogar die Freunde Oesterreichs mißtrauisch und um Deutschland, dem sie sonst so wenig Sympathien schenken, befocht. So schloß die D. V. A. Zeitung einen ihrer Leiter mit folgender Betrachtung: „Unverkennbar hat der deutsche Bund, wenn eine Centralbehörde, gleichviel wie ihr Name sei, organisiert werden soll, den gerechten Anspruch darauf, daß in Folge der Einverleibung Oesterreichs die ausschließlich deutsche Großmacht Preußen entweder eine bevorzugte, oder doch eine mit Oesterreich paritätische Stellung in derselben einnehme. Es liegt dies wesentlich im Interesse jeglicher deutscher Entwicklung, daß wir nicht begreifen, wie man nicht das alternierende oder paritätische Präsidium Preußens und